

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

In welcher Form ist die Landesregierung bezüglich der A1-Bescheinigung bisher tätig gewesen?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 28.05.2019

Im Rahmen der 49. Plenarsitzung der 18. Wahlperiode wurde am 16.05.2019 unter dem Tagesordnungspunkt 37 „Gut gemeint, aber schlecht gemacht - die jetzige A1-Bescheinigung muss abgeschafft werden!“ (Drucksache 18/3646) mehrfach durch einen Redner der Regierungskoalition ausgeführt, dass die Landesregierung bei der Problemstellung der A1-Bescheinigung tätig geworden sei. Mit Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Gibt es Schwierigkeiten beim A1-Verfahren?“ (Drucksache 18/3353) ergeben sich Nachfragen, weil der Landesregierung bis zum 01.04.2019 „keine eigenen Erkenntnisse über Probleme bei der technischen Umsetzung“ vorlagen. Auf die Frage „Was kann oder wird die Landesregierung unternehmen, um das A1-Verfahren zeitnah für die betroffenen Beschäftigten und Arbeitgeber zu vereinfachen?“ antwortete die Landesregierung seinerzeit wie folgt: „Die Landesregierung ist an dem elektronischen Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1 und an der Vereinbarung der Gemeinsamen Grundsätze nicht beteiligt und hat keine Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen.“

1. Was hat die Landesregierung bis zum 06.03.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung unternommen?
2. Was hat die Landesregierung im Zeitraum vom 06.03.2019 bis zum 11.03.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung konkret unternommen?
3. Was hat die Landesregierung im Zeitraum vom 11.03.2019 bis zum 26.03.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung konkret unternommen?
4. Was hat die Landesregierung im Zeitraum vom 26.03.2019 bis zum 01.04.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung konkret unternommen?
5. Was hat die Landesregierung im Zeitraum vom 01.04.2019 bis zum 08.05.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung konkret unternommen?
6. Was hat die Landesregierung im Zeitraum vom 08.05.2019 bis zum 16.05.2019 bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung konkret unternommen?
7. Auf welcher Grundlage basieren die Aussagen von MdL Henning über die Tätigkeiten der Landesregierung bezüglich der Thematik A1-Bescheinigung?
8. Werden durch Einrichtungen der Landesregierung A1-Bescheinigungen für Dienstreisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Mitgliedsländer der EU ausgestellt und, falls ja, seit wann?
9. Hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Vorgaben zur A1-Bescheinigung umgesetzt und eingehalten?
10. Wie viele A1-Bescheinigungen wurden durch Einrichtungen der Landesregierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018 für Dienstreisen von Landesbeschäftigten ins EU-Ausland ausgestellt?
11. Ist die Ausstellung von A1-Bescheinigungen für Dienst- und Delegationsreisen in der Europäischen Union für Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete erforderlich, oder ist dieser Personenkreis von diesem Erfordernis befreit (bitte mit Begründung)?

12. Hat die Landesregierung sämtliche Meldepflichten bezüglich der Entsendung von Beschäftigten in die Europäische Union in den vergangenen Jahren erfüllt?
13. Hat die Landesregierung als Arbeitgeber das elektronische A1-Verfahren zum 01.01.2019 in Gänze umgesetzt?
14. War für die Dienstreise von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Krogmann zum Grünkohlessen der Landesregierung in Brüssel (19.02.2019) eine A1-Bescheinigung erforderlich, und falls ja, ist diese vor der Dienstreise durch den Arbeitgeber von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Krogmann korrekt beantragt worden?
15. Sind alle erforderlichen A1-Bescheinigungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung für das Grünkohlessen am 19.02.2019 in Brüssel vor der Dienstreise rechtzeitig und rechtskonform beantragt worden?
16. Ist der Landesregierung die „Limosa-Meldepflicht“ für Dienstreisen nach Belgien bekannt, und falls ja, welche Erfahrungen hat sie hiermit gemacht?
17. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung als Arbeitgeber bei der Umsetzung/Anwendung des elektronischen A1-Verfahrens seit dem 01.01.2019 gemacht/gesammelt?
18. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorgaben und Notwendigkeiten für grenzüberschreitende Entsendungen von Beschäftigten in die Europäische Union?
19. Wie beurteilt die Landesregierung die Meldepflichten/Anwendung des A1-Verfahrens in Deutschland für die grenzüberschreitende Entsendungen von Beschäftigten in die Europäische Union für Anlässe wie Messebesuche, Seminarteilnahmen oder Besprechungen?
20. Ist es zutreffend, dass bereits für einen grenzüberschreitenden stundenweisen Messeaufenthalt von Beschäftigten eine A1-Bescheinigung erforderlich ist?
21. Wie gestaltet sich die Beschaffung einer A1-Bescheinigung für grenzüberschreitende Dienstleister mit 24-Stunden-Vorort-Service?
22. Sind alle Krankenkassen in Deutschland in der Lage (personell und material), kurzfristig und rechtskonform A1-Bescheinigungen für alle Eventualitäten der realen Arbeitswelt zur Verfügung zu stellen?
23. Welche Rechtsgrundlagen, Vorgaben und Vorschriften der EU sind für einen grenzüberschreitenden stundenweisen Messeaufenthalt von Beschäftigten eines grenznahen Handwerksbetriebes zu beachten?
24. Welche nationalen Rechtsgrundlagen sind zusätzlich für einen rechtskonformen grenzüberschreitenden stundenweisen Messeaufenthalt von Beschäftigten eines grenznahen Handwerksbetriebes zusätzlich zu beachten?
25. Sind der Landesregierung Probleme bei der Entsendung erwerbstätiger Personen (Notwendigkeit A1-Bescheinigung) z. B. durch Medienberichte, IHK-Organisationen, Handwerkskammern, Familienunternehmen, Selbstständige oder sonstige bekannt und, falls ja, welche?
26. Wie beurteilt die Landesregierung das Engagement der IHK-Organisationen, „die bürokratischen Anforderungen bei der Arbeitnehmerentsendung deutlich zu verringern“ (Dr. Horst Schrage, *Leistungsspiegel 2018*, IHK Hannover)?
27. Gibt es bezüglich der Meldepflichten bei der grenzüberschreitenden Entsendung von Beschäftigten in die Europäische Union nationalen Handlungsspielräume, und falls ja, welche sind dies, und werden diese in Deutschland genutzt?
28. Erkennt die Landesregierung Veränderungsbedarf bei der derzeitigen Anwendung der A1-Bescheinigung in Deutschland, und falls ja, was wird sie unternehmen?
29. Was erwartet die Landesregierung vom Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung und Anwendung der Durchsetzungsrichtlinie, der am 18.06.2019 veröffentlicht werden soll?

(Verteilt am 03.06.2019)